



Rede

**des wirtschafts-, mittelstands- und
energiepolitischen Sprechers
der CDU-Landtagsfraktion,
Hendrik Wüst MdL**

im Plenum des Landtags NRW

am

11. November 2010

TOP 4 – Überführung der Übertragungsnetze in Landeseigentum

Ich bin mir nicht sicher, ob er das gerade so gesagt hat. Herr Aggelidis, vorab: Die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland rotzt nicht, auch keine Gesetze.

Ihre Fraktion will die Stromnetze verstaatlichen. Der Antrag und vor allen Dingen das, was Sie gerade gesagt haben, sind der beste Beweis dafür, dass das, was Sie in Ihren Wahlprogrammen schreiben, auch ernsthaft von Ihnen vorgetragen wird. Die Linke will die Staatswirtschaft und hält diese für besser als die soziale Marktwirtschaft.

Wir sind grundsätzlich anderer Auffassung; denn die soziale Marktwirtschaft hat in 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland dafür gesorgt, dass es in breitesten Teilen unserer Bevölkerung Wohlstand gibt wie sonst nirgends auf dieser Welt. Mit sozialer Marktwirtschaft hat Ihr Ansinnen nichts zu tun.

Der Antrag ist wenigstens ehrlich, mehr aber auch nicht. Er wird der sachlichen Bedeutung des Themas „Netzausbau, Netze insgesamt“ nicht im Ansatz gerecht. Ideologie ist bei komplexen Sachverhalten eben kein besonders guter Ratgeber.

In der Wissenschaft und im politischen Raum herrscht Einigkeit darüber, dass wir all unsere Klimaziele – der eine ist mehr, der andere weniger ambitioniert – nicht ohne andere, bessere, modernere Netze erreichen. Wir brauchen einen Ausbau des Höchstspannungsnetzes in Deutschland, also der Stromautobahnen, weil sie eine zentrale Rolle einnehmen, wenn Stromerzeugung und Stromverbrauch immer weiter auseinanderfallen.

Die Windparks in Nord- und Ostsee müssen schlicht an den Verbrauch in den Ballungsregionen – auch bei uns hier in Nordrhein-Westfalen – entlang des Rheins, entlang des Mains, wo auch immer angebunden werden. Die Deutsche Energie-Agentur beziffert in ihrer aktuellen Netzstudie den Bedarf dafür auf 3.500 km. Das ist für uns alle, die wir eine Energiewende wollen und für notwendig halten, eine Megaherausforderung, weil wir alle, die wir hier schön reden, genau wissen – alle, auch in meiner Partei –, wie schwer es vor Ort ist, diesen Netzausbau hinzukriegen: weil an einigen Stellen jeder Strommast umkämpft werden muss, jeder Strommast argumentiert werden muss. Das wird planmäßig allein bis 2020 brauchen und mindestens 6 Milliarden € kosten.

In den Regionalnetzen ist die Herausforderung nicht kleiner. Bisher wurde der Strom nur vom Erzeugungsort zum Verbraucher transportiert. Das war ein Einbahnstraßennetz. Heute geht es in beide Richtungen wegen Fotovoltaikanlagen auf Dächern, Biogasanlagen auf Höfen, Wasserkraftwerken, kleinen Windrädern und und und.

Allein in meiner Heimatstadt Rhede bedeutet das für die kleinen Stadtwerke – die versorgen 20.000 Leute – 5 Millionen Euro Investitionen in den nächsten zwei, drei Jahren. Das macht auch die Dimension deutlich, die auf der mittleren Ebene notwendig ist.

Es gilt das gesprochene Wort!

Dann kommt noch hinzu, dass die Netze insgesamt intelligenter werden müssen. Für viele technische Probleme gibt es noch gar keine Lösung. Aber eines ist klar: Billig werden die alle nicht.

Der Technikvorstand der Mannheimer Stadtwerke sagt: „Das Stromnetz der Zukunft ist ein ‚Internet der Energie‘.“ – Ich glaube, der Mann hat Recht. An vielen Stellen entspricht unser Stromnetz auf allen Ebenen allerdings heute noch den Telekommunikationsnetzen von vor 20, 30 Jahren – mit Wählscheibe und Kupferkabeln.

Wenn wir Netzausbau ernsthaft wollen, dann brauchen wir finanzkräftige Investoren, das notwendige Know-how und attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen.

Das Land Nordrhein-Westfalen scheidet hierfür aus. Wir haben weder das Geld, die Netze zu kaufen, noch das Geld für die eben beschriebenen notwendigen Investitionen. Wir haben heute Morgen über den Haushalt gesprochen. Das Land geht unter Rot-Grün in Richtung Rekordverschuldung.

Abgesehen davon ist kein einzelnes Bundesland in der Lage, die notwendige Verknüpfung hinzukriegen; denn der Netzausbau ist ein mindestens bundesweites, wenn nicht europaweites Problem, eine bundesweite, eine europaweite Herausforderung.

Unserer Auffassung nach gilt es, die vier Regelzonen besser miteinander zu verknüpfen, Netzentgelte so zu gestalten, dass Investoren Geld langfristig bereitstellen und Wettbewerb herstellen.

Möglicher Ansatz dafür ist eine privatwirtschaftliche Deutsche Netz AG, bei der Betrieb und Ausbau dann erfolgen. Den Staat als solchen braucht dabei allerdings kein Mensch. Er würde sich am Ende nur verheben und eben genau nicht das schaffen, was wir alle wollen, nämlich intelligentere, bessere Netze.

Die Herausforderungen bei den Energienetzen sind vielfältig. Der Kauf von Anteilen am Stromnetz durch das Land Nordrhein-Westfalen ist keine adäquate Lösung für diese Herausforderungen.

Deswegen stimmen wir der Überweisung gerne zu. Auf Zustimmung zu Ihrem Antrag kann ich Ihnen heute aber keine Hoffnung machen. – Vielen Dank.